

Der neue Friedensplan aus den USA findet keine Gegenliebe. Einmal mehr können die Ukraine und die EU nur zuschauen

Selenski will die amerikanischen Vorschläge mit Donald Trump besprechen. Für die Ukraine kommen diese einer Kapitulation gleich. Auch in Brüssel sind viele über die geforderten Konzessionen empört.

Volker Pabst, Antonio Fumagalli, Brüssel

20.11.2025, 18.38 Uhr ⌚ 5 min

Aktualisiert

Hören



Yevhen Titov / Reuters

Laut dem amerikanischen Vorschlag soll die Ukraine den Donbass an Russland abtreten. Die Stadt Kramatorsk in der Region Donezk, im Bild nach einem russischen Angriff, befindet sich weiterhin unter ukrainischer Kontrolle.

Die ukrainische Führung tut sich ausserordentlich schwer mit dem neuen amerikanischen Friedensplan, den Washington allem Anschein nach in enger Absprache mit Russland ausgearbeitet hat. Mehr als 24 Stunden schwiegen sich die Behörden in Kiew dazu aus. Am Donnerstagabend teilte die Präsidialverwaltung schliesslich in knappen Worten mit, Wolodimir Selenski habe einen Entwurf des Planes erhalten und werde diesen in den kommenden Tagen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump besprechen.

Zuvor war Selenski mit Daniel Driscoll, dem amerikanischen Unterminister für das Heer, zusammengetroffen. Driscoll, der mit einer hochrangigen Delegation des Pentagons in Kiew weilt, tauschte sich auch mit der Regierungschefin und dem Armeechef aus. Den Friedensplan erwähnten die ukrainischen Vertreter nach den Treffen aber mit keiner Silbe.

Pachtzahlungen für den Donbass?

Dass der Plan in der Ukraine nicht auf Begeisterung stösst, ist verständlich. Er sieht weitreichende territoriale Konzessionen vor. So soll die Ukraine faktisch die Krim sowie die Oblaste Donezk und Luhansk an Russland abtreten. Laut Informationen des «Telegraph» sollen die Gebiete im Donbass zwar rechtlich ein Teil der Ukraine bleiben und demilitarisiert werden. Russland werde aber die Kontrolle über das Gebiet ausüben und dafür eine Art Pacht zahlen.

Die Front in Cherson und Saporischja, den beiden anderen Gebieten, die Russland in einer gezinkten Volksabstimmung annektiert hat, soll eingefroren werden. Was das für die Oblast Charkiw bedeutet, wo Russland ebenfalls Gebiete besetzt hält, ist unklar. Im russisch besetzten Luhansk gibt es Bestrebungen, einen Teil der Oblast Charkiw ins eigene Territorium zu integrieren.

Ausserdem soll die Ukraine die Truppenstärke ihrer Armee halbieren und unter anderem auf Waffen mit grosser Reichweite verzichten. Dass der ukrainische Armeechef Olexander Sirski am Donnerstag betonte, mit der amerikanischen Delegation über genau diese Waffengattung gesprochen zu haben, dürfte kein Zufall sein. Weitere Punkte betreffen das Russische, das den Status einer offiziellen Staatssprache erhalten soll, und die Rehabilitierung der russisch-orthodoxen Kirche. Seit vergangenem Jahr verbietet ein Gesetz religiösen Organisationen in der Ukraine die Zusammenarbeit mit dem Moskauer Patriarchat.

Kelloggs Rücktritt schlägt Wellen

Angesichts dieser Forderungen ist in der Ukraine von inakzeptablen, kapitulationsähnlichen Bedingungen die Rede. Viele Kommentatoren richten ihre Kritik besonders gegen Steve Witkoff, der den Plan massgeblich gestaltet hat. Die sozialen Netzwerke sind voller ätzender Kommentare zum Geschäftsfreund von Präsident Trump, der in der Ukraine im Ruf steht, dem Kreml näher als Kiew zu stehen.

Dass das Weisse Haus am Mittwoch den Rücktritt des Ukraine-Sondergesandten Keith Kellogg bestätigte, wird vor diesem Hintergrund

als schlechtes Omen gesehen. Kellogg gilt als Fürsprecher ukrainischer Interessen. Präsident Selenski sagte einst, der Sondergesandte sei für den Schutz der Ukraine genauso wichtig wie das amerikanische Flugabwehrsystem Patriot. Was Kellogg zu seinem Rücktritt bewog, ist nicht bekannt.

Zurückhaltende Reaktion aus Moskau

Auch aus Moskau gibt es bis jetzt keinen offiziellen Kommentar zum Plan. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagt am Donnerstag lediglich, dass Russland mit den USA im Kontakt stehe, aber gegenwärtig keine Verhandlungen führe. Jeder Friedensplan müsse die ursprünglichen Ursachen des Konflikts in der Ukraine beseitigen. Unter dieser Floskel versteht der Kreml unter anderem das Ende der ukrainischen Hinwendung zum Westen und eine Neugestaltung der sicherheitspolitischen Ordnung Europas, die Russlands Interessen berücksichtigt.

Obwohl der Plan den russischen Forderungen sehr weit entgegenkommt – er enthält auch Punkte zur Sicherheit in Europa und zu den künftigen Beziehungen Washingtons zu Russland und zur Ukraine –, geht er gewissen russischen Hardlinern nicht weit genug. Der Kriegskorrespondent Alexander Koz etwa bezeichnet die Vorschläge für den Donbass als Angriff auf die russische Souveränität. Gemäss der russischen Verfassung seien die Gebiete Donezk und Luhansk, ebenso wie Saporischja, Cherson und die Krim, ja längst Teil des russischen Staatsgebiets.

Europa erneut an der Seitenlinie

Der Zufall wollte, dass sich die Aussenminister der 27 EU-Staaten am Donnerstagmorgen in Brüssel trafen. Im Rahmen des Sanktionsregimes gegen das Putin-Regime und der Diskussionen rund um die Verwendung russischen Staatsvermögens wäre der Ukraine-Krieg zwar ohnehin auf der Agenda gestanden, nunmehr dominierte aber der Friedensplan die Gespräche.

Einmal mehr sind die Europäer dazu verdammt, die Geschehnisse von der Seitenlinie aus zu verfolgen. Mehrere Aussenminister gaben unumwunden zu, von den Gesprächen zwischen den USA und Russland keine Kenntnis gehabt zu haben – und praktisch alle machten deutlich, dass eine Friedenslösung nur unter Mitsprache der Ukraine und der EU zustande kommen dürfe.

Deswegen offen Kritik an den USA zu üben, wagte freilich niemand. Man

will es sich mit den Amerikanern, von denen man sicherheitspolitisch stark abhängig ist, nicht verscherzen. Verschiedene Vertreter betonten, dass sie die Bemühungen der Amerikaner begrüßten. «Sehen Sie es positiv: Wenn sie an einem Plan arbeiten, heisst dies, dass sie sich zu einer Lösung verpflichtet fühlen», sagte etwa Kestutis Budrys aus Litauen.

Frieden heisst nicht Kapitulation

Gleichzeitig machten die Aussenminister kein Hehl daraus, dass sie den bislang bekannten Inhalt des Friedensplans für verbesserungswürdig halten. «Es scheint mir schon ein Ungleichgewicht zu geben. Es werden sehr stark russische Interessen verfolgt», fasste die Österreicherin Beate Meinl-Reisinger zusammen.

So sorgt für Empörung, dass die Ukraine territoriale Konzessionen machen müsste. Frieden dürfe nicht mit Kapitulation verwechselt werden, sagte etwa der französische Aussenminister Jean-Noël Barrot. Die Ukrainer, die seit bald vier Jahren heroisch ihr Land verteidigten, würden eine solche niemals akzeptieren. Sein litauischer Amtskollege erinnerte an die Welles-Deklaration von 1940, ohne explizit zu sagen, dass er dieselbe Haltung nun auch von der Trump-Administration erwarte. Damals hatten sich die USA geweigert, die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion zu anerkennen.

Ungarn empört sich über EU-Gelder

Auch eine massive Reduktion der ukrainischen Armeebestände ist nicht im europäischen Interesse, ist der Staat doch die erste «Frontlinie» gegenüber dem russischen Expansionismus. Man müsse «aus der Minsk-Situation lernen», sagte der deutsche Aussenminister Johann Wadephul in Brüssel. Er spielte damit auf die Sicherheitsversprechen an, die Russland 2015 in der weissrussischen Hauptstadt abgegeben hatte und danach in krasser Weise verletzte.

Am meisten aus der Reihe tanzte, wenig erstaunlich, der Aussenminister Ungarns. Sein Land wolle den Effort des amerikanischen Präsidenten unterstützen, sagte Peter Szijjarto. Auch den einst angekündigten Putin-Trump-Gipfel in Budapest sei man jederzeit zu organisieren bereit. Lieber als über den Friedensplan sprach Szijjarto jedoch über den Korruptionsskandal, der die Ukraine erschüttert. Dass die EU nach dessen Aufliegen nicht sofort sämtliche Zahlungen an Kiew eingestellt habe, sei völlig verrückt, sagte der Vertreter des EU-Staates, der dem Kreml am nächsten steht.